

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2364

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2364



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Historischer Wahlsieg von Boris Johnson

Die Demokratiefeinde lecken ihre Wunden

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Ginge es nach all den Boris Johnson offenbar bis aufs Blut hassenden Schreiberlingen und Mikrofon-Strategen in den Schweizer Medien, so müsste morgen das Vereinigte Königreich zusammenbrechen. Und der Ausbruch von offenem Krieg zwischen England und Irland stünde unmittelbar bevor.

Mit solch angeblichen «Befürchtungen» versuchen Schweizer Medienleute – Wunden leckend – ihren Frust ob des an Deutlichkeit kaum zu übertreffenden Wahlsiegs von Boris Johnson abzureagieren. Sie, die von früh bis spät auf Brüssel fixierten Medienleute wollen es einfach nicht wahrhaben: Die Engländer haben in den Unterhauswahlen mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, dass sie der nicht enden wollenden Verzögerungen des vom englischen Volk beschlossenen Brexit durch die Classe politique in jeder Beziehung überdrüssig geworden sind.

Johnsons Aufruf zog

«Get Brexit Done!»: Boris Johnsons Aufruf hat gezündet. Alles andere ist daneben in der Wahlkampagne verblasst. Die englischen Stimmbürger haben ihren Willen zum Brexit, zum Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union derart nachdrücklich bestätigt, dass die ganze nach Brüssel orientierte Klasse der Medienleute sowie die Classe politique in ihrem Innersten getroffen scheinen. Schluss mit den nicht enden wollenden Ränkespielen! Weg mit all den gegen den Vollzug des Brexit immer neu erfundenen Hindernisse! Das Wort des Souveräns ist endlich zu respektieren: England tritt aus!

Wie verständnislos, wie verächtlich, ja beleidigend Brüssel den Entscheid des englischen Volkes zum Austritt aus der EU seit bald drei Jahren bewertet, illustriert – stellvertretend für hunderte ähnliche Beleidigungen – eine Aussage von Donald Tusk, bis vor kurzem Präsident des Europäischen Rates, also des höchsten Gremiums in der Europäischen Union:

«Ich frage mich schon die ganze Zeit, wo genau diejenigen in der Hölle hinkommen, die sich für den Brexit eingesetzt haben, ohne auch nur den Hauch einer Ahnung von seiner geregelten Umsetzung zu haben.» (Cato, I/2020, S.70)

Diese, sich auf hohem Ross wählenden Exponenten der Brüsseler Bürokratie sind von den zur Wahl geschrittenen Briten regelrecht von ihren Pferden geholt worden.

Auch Theresa May im Abseits

Eine unüberhörbare Quittung wurde aber auch Theresa May, der Vorgängerin von Boris Johnson an der Spitze der Regierung erteilt, die das Parlament vergeblich für einen «Austrittsvertrag» zu gewinnen trachtete, der England in Wahrheit um so entrechteter an Brüssel gefesselt hätte.

Im Magazin Cato (I/2020) umschreibt der amerikanische Publizist Christopher Caldwell Mays austrittsverhindernden Vertragstext trefflich mit folgenden, auch für Schweizerinnen und Schweizer wichtigen Worten:

«Der letztlich ausgehandelte Austrittsvertrag, den May im November letzten Jahres dem Parlament vorlegte, wurde im ganzen Land, von Brexiteers wie von Remainern, mit Entsetzen aufgenommen. Mays Team war ausgesandt worden, Grossbritanniens Unabhängigkeit zu erklären – und mit einer Kapitulationsurkunde zurückgekehrt. Die Vereinbarung sah nicht nur die erwarteten "Scheidungskosten" in Höhe von 39 Milliarden Pfund (umgerechnet 45 Milliarden Euro) vor, sondern räumte EU-Gerichten zudem das Recht ein, diese Kosten noch zu erhöhen. Sie sperrte Grossbritannien in die Zollunion mit der EU ein – ohne eine Möglichkeit, jemals auszutreten. Die EU – und nur die EU – sollte über die Erfüllung des Backstop-Abkommens durch Grossbritannien (damit ist das Abkommen Englands mit Irland angesprochen – Ergänzung Red. Brisant) befinden dürfen, und für den Fall, dass die Briten es einseitig beendeten, würde der EU sofort die Kontrolle über die Wirtschaftsbeziehungen Nordirlands zufallen. Mit der Vereinbarung verhängte die EU strengere Handelssanktionen über Grossbritannien als über andere Länder. Und sie legte Felder fest, auf denen das EU-Recht seinen Primat gegenüber dem britischen Recht behalten würde.»

Dem Rahmenvertrag vergleichbar

Der Text von Mays «Kapitulationsurkunde» muss jede Schweizerin und jeden Schweizer aufhorchen lassen: Unterwerfung unter EU-Recht, Anerkennung eines Sanktionsrechts Brüssels gegenüber England, Gerichtshoheit in allen wichtigen Vorlagen bei der EU, nicht bei englischen Gerichten: Das sind EU-Forderungen, die frappant den Bedingungen in jenem Rahmenvertrag entsprechen,

welchen die Europäische Union der Schweiz aufzwingen will, die den Schweizer Bundesrat bis heute zögern lassen, den Vertrag endlich Parlament und Volk zur Entscheidung vorzulegen. Dies obwohl ihn der verhandlungsführende Schweizer Staatssekretär Roberto Balzaretto als die beste Lösung preist, die Brüssel der Schweiz anbieten könne!

Die Unterstützung der englischen Wählerinnen und Wähler für Boris Johnson erhält damit auch für die Schweiz grösste Bedeutung: Englands Stimmbürger erteilen jeglicher Beeinträchtigung der Souveränität ihres Landes durch Brüssel eine unüberhörbare Absage. Ob die Schweizerinnen und Schweizer die Kraft finden, in gleichem Sinn auch dem EU-Rahmenvertrag eine nicht minder deutliche Absage zu erteilen?

Ulrich Schluer

Dieser «Brisant»-Beitrag wurde wesentlich angeregt durch den im Magazin «Cato» (Ausgabe 1/2020) abgedruckten Essay von Christopher Coldwell: «Warum noch kein Brexit?»